

Michael Brie

## Eine Partei macht sich überflüssig

21. Februar 2023

Der Vorstand der Partei DIE LINKE gibt sich die größten Anstrengungen, den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik deutlich zu machen, dass diese Partei nicht gebraucht wird. In einem Augenblick, wo 575 Tsd. Menschen ein „Manifest für den Frieden“ unterschrieben haben und die erste wirkliche Großdemonstration gegen den Kurs der Unterstützung des Krieges in der Ukraine mit immer neuen Waffenlieferungen vorbereitet wird, war der Vorstand unfähig zu eindeutiger Mobilisierung für diese Demonstration. Der Bundesgeschäftsführer der Partei erklärte die Ablehnung einer klaren Unterstützung dieser Demonstration und Mobilisierung der eigenen Mitglieder mit den Worten: „Ganz konkret fehlt uns in dem Aufruf die klare Abgrenzung nach rechts, die nämlich augenblicklich dazu führt, dass namhafte Nazis und rechte Organisationen diesen Aufruf unterstützen und massiv zu der Demo am 25. mobilisieren.“ Anstelle mit vielen eigenen roten Fahnen, mit Ordnungskräften, die entsprechend den Vorgaben durch die Initiatorinnen der Demonstration, Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht, das Zeigen rechtsextremer Symbole unterbinden, dazu beizutragen, dass die breite gesellschaftliche und politische Linke diese Demonstration dominiert, wird Abstinenz ausgerufen und Zerstreung in viele kleine, weitgehend wirkungslose Aktionen angemahnt.

Während die Stimmung in der Gesellschaft endlich kippt, immer mehr Menschen erkennen, dass das Morden ein Ende haben muss durch einen sofortigen Waffenstillstand, Verhandlungen, Kompromisse auf der Basis der Anerkennung der gegenteiligen Interessen, die zu diesem furchtbaren Krieg im Zentrum Osteuropas geführt haben, exakt in diesem Augenblick verlagert der Vorstand der Partei DIE LINKE den Schwerpunkt auf ein Nebenfeld: Wie verhindert man, dass kein einziger Rechtsextremer an diesem Tag in die Nähe des Brandenburger Tors kommt. Das ist schlicht unmöglich. Man arbeitet so denen in die Hände, die die Bewegung gegen den Kriegs- und Aufrüstungskurs zerstören wollen. Bisher wurde jede mahnende Stimme, endlich Verhandlungen ins Zentrum zu rücken, als „Putin-Versteher“ gebrandmarkt, jetzt rückt man sie in die Nähe zur extremen Rechten und die Führung der LINKEN macht dabei mit.

Die Partei DIE LINKE selbst war nicht in der Lage, zu Demonstrationen in einem „heißen Herbst“ wirkungsvoll zu mobilisieren. Es blieb bei wenigen Ansätzen. Die Kundgebungen der Partei mit Bezug auf die Politik der Bundesregierung in der Kriegsfrage blieben völlig marginal. Von den Initiatorinnen einer wirklichen Großdemonstration werden immer neue und neue Abgrenzungen nach rechts gefordert, dabei war durch Sahra Wagenknecht schon von Anfang an erklärt worden, dass es die Rechte ist, die durch eigene Mobilisierung die Friedensdemonstration diffamieren will: „Wir haben mit der Auswahl unserer Erstunterzeichner deutlich gemacht, mit wem wir zusammenarbeiten und von wem wir uns Unterstützung erhoffen – und von wem eben auch nicht.“ Mit dem Beschluss vom vergangenen Wochenende lässt sich der Parteivorstand die gesellschaftliche Tagesordnung von den Regierungsparteien und der Rechten diktieren, anstelle mit aller Leidenschaft, allem Mut und aller Entschlossenheit dafür zu kämpfen, dass eine sehr breite demokratische Friedensbewegung entsteht, in der die Linke stark ist und in der die Partei DIE LINKE gebraucht wird. Gebraucht wird sie jetzt in der ganz konkreten Vorbereitung auf die Demonstration am 25. Februar vor dem Brandenburger Tor.

Große gesellschaftliche Bewegungen sind, wie alle wissen, die sich der historischen Kämpfe gegen den NATO-Doppelbeschluss erinnern oder gegen den Irakkrieg, nicht in sozialistischer Reinform zu haben, geschweige denn in Gestalt einer Sekte. Solche Bewegungen sind groß, weil sie zugleich heterogen und in einer einzigen Frage geeint sind. Dadurch verändern sie die Politik – durch Breite, eine klare Richtung und Punktgenauigkeit. Diese notwendige und hinreichende Richtung und Punktgenauigkeit hat das „Manifest für den Frieden“. Man geht zusammen, weil man in *einer* Frage gemeinsamer Ansicht ist. Gegen Unterwanderung einer solchen Bewegung aus dem rechtsextremen Lager hilft vor allem eigene Stärke und Präsenz

sowie Auseinandersetzung vor Ort. Der Parteivorstand der LINKEN will vor allem den eigenen, immer weiter schrumpfenden Laden zusammenhalten und treibt ihn so in die gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit. Am 16. Juni letzten Jahres warnte ich im Vorfeld des Parteitages, dass es der Partei DIE LINKE ohne wirkliche gemeinsame Führung, die diesen Namen verdient, gehen wird wie den Bauern bei Frankenhausen im Mai 1525: „Ohne Führung flieht der Haufen in Panik und die Führer werden am Ende doch geköpft.“

Ein Jahr lang hat die Partei DIE LINKE ihre Funktion als Partei aktiver gesellschaftswirksamer Friedenspolitik nicht überzeugend erfüllt. Immer wurde aus der Defensive argumentiert. Nur zögerlich wurde der Ton gegenüber der Regierungspolitik kritischer. Im Augenblick aber, wo die Bürgerinnen und Bürgern die LINKE fragen, wie haltet Ihr es dann mit uns, wenn wir endlich den Protest gegen den Kurs der Bundesregierung auf die Straße tragen, schreckt die Führung der LINKEN wieder zurück. Der jüngste Beschluss seines Vorstandes ist nur der bisher letzte Punkt des Versagens dieser Partei als politische Kraft. Es wird Zeit, dass die Partei offen darüber berät, ob sie in ihrer Mehrheit diesen Kurs noch zu tragen bereit ist. Es wird Zeit, einen Sonderparteitag einzuberufen. Er hat den Vorgängerparteien 1989 wie 2003 schon zwei Mal einen Neubeginn ermöglicht. Es bedarf nur 25 Prozent der Delegierten des im Juni 2022 zusammengetretenen Parteitags, um die Einberufung eines solchen Parteitages zu erzwingen. Es reichen auch Landes- und Kreisverbände, wenn sie zusammen ein Viertel der Mitglieder, also rd. 15 Tsd., vertreten. Der Kampf um die Partei DIE LINKE gehört auf die offene Bühne und es muss entschieden werden, ob es beim Weiter-So auf dem Weg ins Abseits bleibt oder die Partei sich der historischen Verantwortung stellt. Es gibt Tage der Entscheidung. Werden sie verpasst, ist jede, aber jede Chance auf einen Neuanfang verpasst.

Michael Brie, Schöneiche bei Berlin